

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 34 (1955)  
**Heft:** 1-2

**Artikel:** Neue Nazi-Akten über die Schweiz  
**Autor:** Brügel, J.W.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-346998>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

In einer unterbeschäftigte Wirtschaft ermöglichen die Produktionsreserven neue Investitionen, und das Zwangssparen – die Quoten, um die die Festbesoldeten durch inflatorische Geldentwertung geprellt werden – machen Übergewinne möglich.

Die Unternehmer, die die zusätzlichen Kredite bekommen, schaffen sich weder die Ersparnisse noch die hohen Gewinne «aus dem Nichts».

## 7.

Eine Volkswirtschaft, die keinen chronischen Absatzmangel kennt, braucht keinen *inflatorischen Anreiz*, um sich zu entfalten und die technischen Möglichkeiten auszunutzen. Nur in einer Wirtschaft, in welcher die breiten Volksschichten nicht mit genügender Kaufkraft ausgestattet sind und es an Absatz stets mangelt, bedarf es (außer dem Wettrüsten) immer neuer Reizmittel in Form von inflatorisch steigenden Preisen, um die Unternehmer zu neuen Investitionen anzuregen.

Fehlt es an inflatorischem Anreiz, so droht *Erwerbslosigkeit*. Ermangelt es nicht an inflatorischem Anreiz, so gibt es *Teuerung*. Und so werden die arbeitenden Menschen als Produzenten und Konsumenten exploriert. Weder Deflation noch Inflation vermag ihnen zu helfen. Wenn sie die Inflation der Deflation dennoch vorziehen, so bedeutet dies bloß: «Besser Teuerung (sinkende Lebenshaltung) als Erwerbslosigkeit».

Von verschiedenen modernen Nationalökonomien wird – wie erwähnt – den zusätzlichen Krediten große konjunkturpolitische Bedeutung beigemessen. Diese Auffassung stellt im Grunde genommen nichts anderes dar als – um den Ausdruck von Carl Brinkmann zu benützen – eine «*Umkehrung der Kaufkrafttheorie des Lohnes*». Die Kaufkrafttheorie zeigt die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Lohnerhöhungen. Die Umkehrung der Theorie befürwortet Reallohnreduktionen. So richtig die von den Gewerkschaften vertretene Lohnkaufkrafttheorie ist, so falsch ist ihre Umkehrung.

J. W. BRÜGEL

## Neue Nazi-Akten über die Schweiz

Wir haben kürzlich an dieser Stelle ausführlich besprochen, was durch die anglo-amerikanisch-französische Veröffentlichung von Akten des deutschen Auswärtigen Amtes über die Haltung des Schweizer Bundesrates und gewisser Schweizer Diplomaten den Drohungen und Erpressungen der

Herrsscher des Dritten Reiches gegenüber bekanntgeworden ist<sup>1</sup>. Bisher waren fünf Bände dieser Aktenpublikation der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden; sie reichten bis in das Jahr 1939. Nun haben die Bearbeiter des Materials einen Sprung gemacht, Band VI und Band VII ohne Angabe von Gründen vorläufig zurückgestellt und sind mit dem Band VIII herausgerückt, der aus den Dossiers von Ribbentrops Außenministerium aus der Zeit nach Kriegsausbruch bis zum März 1940 eine Auswahl gibt<sup>2</sup>. Neben vielen Sachen, die heute kein aktuelles Interesse mehr hervorrufen können, findet man da Dinge, die bisher bestehende Lücken füllen, insbesondere soweit es sich um die Beziehungen zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion in der Zeit des Ribbentrop-Molotow-Paktes handelt. So kann man sich aus einem Bericht des Nazi-Staatssekretärs Hencke von der großen Freude der deutschen Delegation darüber überzeugen, daß sie am Moskauer Flugplatz mit einer riesigen Hakenkreuzfahne begrüßt wurde . . .

Auf die Schweiz haben nur drei der in dem Band veröffentlichten Dokumente direkten Bezug, aber sie alle sind nicht uninteressant. Am 10. November 1939 schrieb der Staatssekretär des Berliner Auswärtigen Amtes, *Weizsäcker*, an den Gesandten in Bern, man müsse durch einen Druck auf die Schweiz verhindern, daß die damals nach Genf einberufene Völkerbundsversammlung etwas tue, was Berlin nicht gefällt. Es könnte sich zum Beispiel ereignen, daß eine tschechoslowakische oder eine polnische Delegation in Genf auftauche und daß Engländer und Franzosen die Gelegenheit zu «antideutscher» Propaganda benützen würden. Weizsäcker gab dem Gesandten Köcher nun einen klaren Auftrag (der deutsche Urtext der Dokumente wurde bisher nicht veröffentlicht, so daß die folgenden Zitate Rückübersetzungen aus dem Englischen darstellen) :

«Ich ersuche Sie daher, die Schweizer Regierung unter Hinweis auf ihre wiederholten Neutralitätserklärungen energisch darauf aufmerksam zu machen, daß wir verpflichtet sind, sie über unsere Ansichten bezüglich möglicher ungünstiger Auswirkungen auf die deutsch-schweizerischen Beziehungen als eine Folge der Genfer Tagung zu informieren.

Wir erwarten, daß die Schweizer Regierung alle Vorkehrungen gegen jegliche Gefährdung ihrer Neutralität trifft.»

Die Sorge der Nazi um die Einhaltung der Neutralität der Schweiz ist zweifellos rührend. Weizsäcker, der später das Unschuldslamm spielte, hatte im Ent-

---

<sup>1</sup> J. W. Brügel: Blick in Nazi-Dokumente, «Rote Revue», Heft 4–5/1954. Vergleiche dazu auch den Aufsatz von Historicus: Der Streit um die Flüchtlingspolitik, im Heft 7/1954 dieser Zeitschrift.

<sup>2</sup> Documents on German Foreign Policy, 1918–1945, Series D (1937–1945), Vol. VIII: The War Years (September 4, 1939 – March 18, 1940), Washington 1954.

wurf der Note noch eine Drohung an die Adresse der Schweiz stehen, derzufolge Deutschland gezwungen wäre, seinen Standpunkt zu überprüfen, wenn die Berliner «Befürchtungen» wegen der Völkerbundstagung sich als begründet herausstellen sollten. Aber in diesem Falle war selbst der Außenminister Ribbentrop, dem die Sache vorgelegt worden war, vernünftig genug, diesen Nachsatz zu streichen.

Das Dritte Reich hat also die Schweiz dazu benutzt, um an einer internationalen Organisation, dem Völkerbund, Erpressung zu üben und deren Handlungen und Unterlassungen zu beeinflussen. Die damalige (übrigens die letzte) Völkerbundstagung war einberufen worden, um die Beschwerde Finnlands gegen die Sowjetunion wegen des Überfalls auf das erstgenannte Land zu verhandeln. Die Verhandlung endete mit dem Ausschluß der Sowjetunion aus dem Völkerbund. Obwohl diese damals mit Deutschland verbündet war und Deutschland ihr allerhand Hilfe gegen Finnland leistete, war man in Berlin an diesem Punkt der Genfer Traktandenliste ganz uninteressiert. Hingegen wollte man mit aller Gewalt verhindern, daß dort auch andere Dinge zur Sprache kommen. Wie erfolgreich man in dieser Beziehung war, kann man dem folgenden Bericht des Gesandten Köcher entnehmen, den er am 7. Dezember 1939 aus Bern nach Berlin abgehen ließ:

«Da es wegen Mottas Krankheit unmöglich war, vom Politischen Department irgendeine zufriedenstellende Antwort darüber zu erhalten, welche Schritte der Bundesrat in bezug auf den Völkerbund zur Verhütung einer antideutschen Propaganda während der kommenden Tagung des Völkerbundsrates und der Versammlung treffen will, habe ich persönlich und vertraulich . . . die Aufmerksamkeit von alt Bundesrat *Schultheß* auf die Gefahr gelenkt, die der Schweizer Regierung aus einer solchen Propaganda erwachsen könnte. Über die darauffolgende Unterredung zwischen *Schultheß* und Motta war zu erfahren, daß letzterer namens des Bundesrates an Generalsekretär Avenol (des Völkerbundes) geschrieben hat, um ihn zu informieren, daß die Schweiz die Beschränkung der Diskussion auf ausschließlich den russisch-finnischen Konflikt verlangt. In Beantwortung von Avenols positiver Zusage hat Motta geschrieben, daß die Schweiz sich ihre Aktionsfreiheit für den Fall vorbehält, daß, entgegen den Zusagen, eine Diskussion polnischer, tschechischer oder anderer Fragen, die zur Propaganda gegen Deutschland ausgewertet werden könnten, stattfindet. Bitte die Sache nicht publik zu machen und insbesondere unter allen Umständen die Nennung von *Schultheß*' Namen zu vermeiden, da er *als Zwischenträger (intermediary) von großem Wert für uns ist.*»

Die einzig korrekte Antwort, daß die Traktandenliste des Völkerbundes Sache des Völkerbundes ist und niemandes andern, war also offensichtlich nicht

erteilt worden. Alles übrige ist so eindeutig, daß es weiter keines Kommentars bedarf.

Noch einmal kommt die Schweiz in der Aktenpublikation vor, und zwar im Zusammenhang mit einem Besuch des damaligen Nationalratspräsidenten Henry *Vallotton* in Berlin, wo er sich im Februar 1940 auf der Rückfahrt aus Finnland aufhielt. Am 12. Februar hatte er eine Unterredung mit dem Staatssekretär *Weizsäcker*, den er offenbar aus der Zeit von Weizsäckers Gesandten-tätigkeit in Bern kannte. Weizsäcker machte darüber folgende Aufzeichnung:

«Ich versicherte ihn, wie dringend notwendig es für Deutschland war, die Schweiz aus dem gegenwärtigen Krieg herauszulassen. Ich ermächtigte ihn, diesen unseren Wunsch (!) in Gesprächen mit seinen Freunden im Parlament zu erwähnen, vorausgesetzt, daß die Schweizer Presse daraus nicht eine ‚Erklärung‘ macht. Ich möchte in der Schweizer Presse überhaupt nicht genannt sein, da ich nicht ermächtigt bin, eine solche ‚Erklärung‘ abzugeben. Ich benützte jedoch die Gelegenheit, ihm klarzumachen, wie wichtig es für die Schweizer Presse ist, eine andere als die bisherige Haltung einzunehmen.»

Was der Schweizer Gast dazu gesagt hat, erfährt man aus dem Dokument nicht. Weizsäcker war kein Nazi im strikten Sinn des Wortes, aber ein Berufsdiplomat von deutschnationaler Einstellung (ähnlich wie Neurath, dessen «Martyrium» mehr Erwähnung gefunden hat als das vieler Opfer seiner Politik), der dem verbrecherischen Regime die größten Dienste leistete. Die vorstehende Aufzeichnung ist in ihrer Mischung von vorgespielter Biedermannsmiene mit frechen Erpressungen eindrucksvoller Beleg dafür. Wenn das Dritte Reich den «Wunsch» hatte, die Schweiz ungeschoren zu lassen, dann war es doch ein Wunsch, dessen Erfüllung ganz im Belieben seiner Herrscher lag. Mit frommem Augenaufschlag es als einen Wunsch darzustellen, aber zugleich zu beteuern, eigentlich sei man zu so einer «Erklärung» gar nicht berechtigt, und sofort darauf die Schweizer Presse unter Druck zu setzen – das war typische Nazitaktik.

Wir werden nicht verfehlen, unsere Leser auf dem laufenden zu halten, falls die kommenden Bände der Aktenpublikationen weiteres Licht auf die Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und der Schweiz werfen sollten.